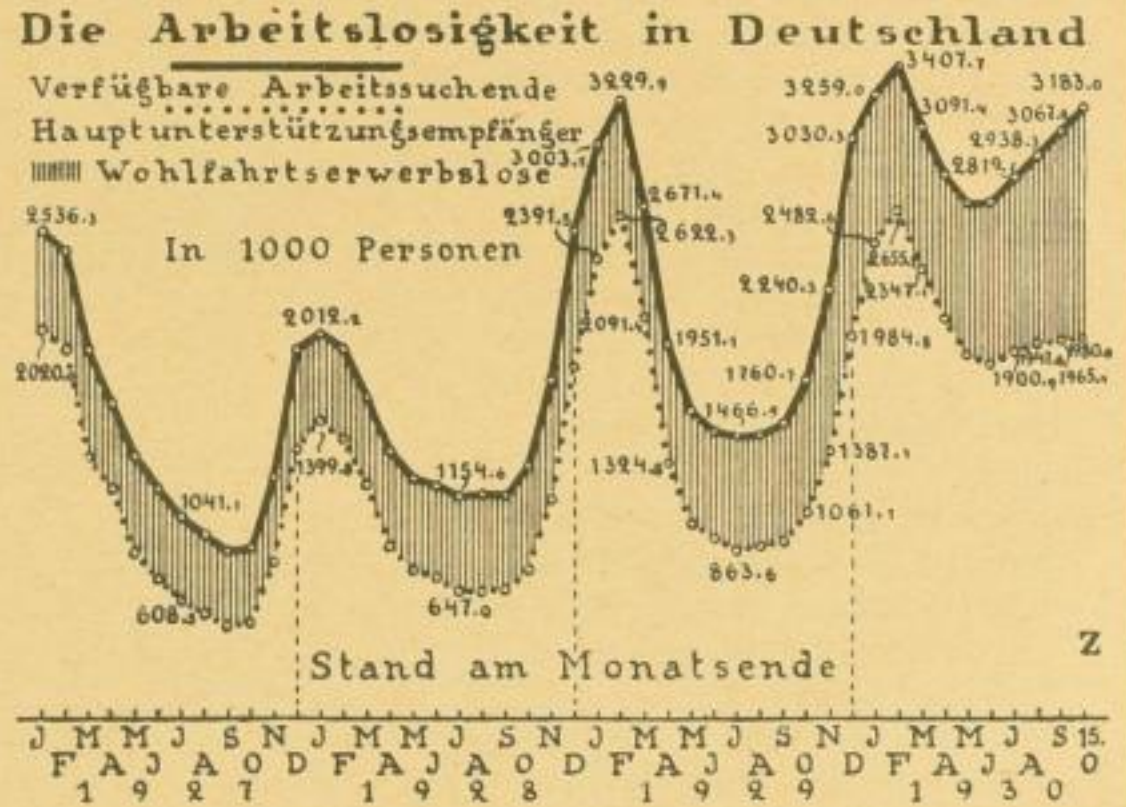


zu beziehen, die wir zu tragen uns imstande fühlen, wie bisher immer irrigerweise allein erörtert worden ist. Es kommt vielmehr auf eine konstruktive Idee an, wie die Revision ohne Schaden für die Beteiligten durchführbar wäre. Bei den letzten Pariser Verhandlungen war Schacht durchaus in diesem Sinne eingestellt. Man wird sich erinnern, daß er für Deutschland u. a. vor allem neue Betätigungsmöglichkeiten auf kolonialem Gebiet forderte als eine der unerläßlichen Voraussetzungen für die Erfüllung unserer Tributverpflichtungen. Unsern maßgeblichen Stellen hat bekanntlich das Verständnis dafür gefehlt. Die Ermäßigung um 500 Millionen erschien ihnen genug. Man wollte vor allem auch möglichst rasch in deren Genuß gelangen und scheute die Nervenprobe längerer Verhandlungsumgewißheit. Heute sind diese Hoffnungen zerronnen. Jene Schachtschen Ideen aber leben neu auf. In seinen Reden in Amerika läßt Schacht diese Gedanken deutlich genug durchblicken. Auch in Frankreich sind sie schon zur Debatte gestellt worden. Dieser Tage hat ferner der Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Dr. Karstedt eine Denkschrift herausgegeben, in der bestimmte Vorschläge für eine Erschließung Zentralafrikas gemacht sind, um die Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern zu beheben. Die Durchführung hätte die neugegründete internationale Tributbank in Basel zu übernehmen, der ja schon im Youngplan ähnliche Aufgaben zugeordnet waren. Schacht erörtert in Amerika im übrigen auch die Möglichkeit großzügiger Erschließungsarbeiten in Südosteuropa, ebenfalls mit Hilfe der B.Z.B. Im Zusammenhang damit verdient Beachtung, daß gerade in diesen Tagen die Leitung der B.Z.B. Beratungen pflegt, die sich unstreitig auch mit diesen Dingen beschäftigen dürften. Dazu gehört, daß der Vertrauensmann der Wallstreet nach Europa kommt, um mit den Leitern der Notenbanken hier zu verhandeln. Wallstreet ist bekanntlich bereits revisionsbereit, bearbeitet auch schon die amerikanische öffentliche Meinung systematisch in diesem Sinne. Die Washingtoner Regierung aber ist noch immer schwerhörig. Schwerlich wird Hoover von seinem Standpunkt abgehen, daß Revision und internationale Schuldenregelung nichts mit einander zu tun haben. Er kann sich nicht selbst desavouieren und kann wohl auch die Einnahmen aus den Schuldentilgungen gerade in der gegenwärtigen Lage nicht entbehren. Erst nach einer neuen Präsidentenwahl wäre eine Schwenkung der amerikanischen Politik zu erwarten. Hoover hat denn auch bereits darauf verwiesen, daß die Revisionsfrage nach dem Youngplan selbst vor die B.Z.B. gehöre. Statt Revision wird sie aber wohl eher auf Sanierung unserer Leistungsfähigkeit hinauskommen. Wird aber die Abrüstungskonferenz so weit gut Wetter bringen, daß die Verantwortlichen Mut genug haben werden, um jene großzügigen Erschließungsprojekte anzupacken? Die Abrüstungskonferenz ist erst für den Herbst 1931 vorgesehen. So lange kann aber schließlich die Welt nicht mehr warten. Hoffentlich gelingen schon vorher, spätestens im Frühjahr 1931, die erforderlichen entscheidenden Schritte vorwärts. Wahrscheinlich wird man jedoch auch dann deutscherseits gut tun, sich darauf vorzubereiten, daß wesentliche Erleichterungen unserer Tributlasten nicht erfolgen werden. Geringfügige Retouschierungen sind denkbar. Bismöglich kommt wegen der bedenklichen Nebenwirkungen jedoch nicht einmal ein Moratorium in Frage. Lediglich die Beteiligung an dem erwartbaren allgemeinen Aufschwung der Weltwirtschaft wird uns als Hoffnung auf Besserung unserer Lage bleiben. Zu einem späteren Zeitpunkt erst könnte dann jener amerikanische Schuldennachlaß ins Auge gefaßt werden, der nach dem Youngplan uns zu gute kommen soll. Das wird aber sicherlich nicht eher geschehen, als bis die U.S.A. von einem abgerüsteten Europa nichts mehr zu fürchten haben.

Daß unter diesen Umständen die Sanierung unserer innerpolitischen Finanzlage doppelt dringlich ist, versteht sich von selbst. Die Schwierigkeiten, die dabei hauptsächlich Kopfschmerzen machen, sind bekannt. Das Hauptproblem bleibt nach wie vor die Arbeitslosenfrage. Ob die jetzt betriebene Preisabbauaktion in absehbarer Zeit bereits eine Vermehrung der Beschäftigungsmöglichkeit erbringen kann, dahinter sind doch noch allerhand Fragezeichen zu setzen. Die Gesamtlage ist infolge jahrzehnte-

langer falscher Politik so verfahren, daß auch die Umkehr und der Ausweg mit Dornen besät sind. Der Vorwärts brachte dieser Tage das nachstehende Bild der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und ihres derzeitigen Standes:



Darin wird vor allem das Anwachsen der Arbeitslosen deutlich, die der Wohlfahrtspflege zur Last fallen. Hier liegt heute der Schwerpunkt der ganzen Frage. Die Gemeinden sind es in erster Linie, die unter der Arbeitslosenlast zusammenzubrechen drohen. Mit Preisabbau ist da kaum zu helfen. Gerade wenn ihn die Gemeinden fördern möchten, was vornehmlich durch Senkung der Strom-, Gas- und Verkehrstarife zu geschehen hätte, müßten sie ihre Lage verschlechtern. Denn die Überschüsse aus den Einnahmen der Gemeindebetriebe gehören heute zu den unentbehrlichsten Mitteln, auf denen die Gemeindeetats sehr entscheidend aufgebaut sind. Sie vertragen gerade jetzt um so weniger eine Schmälerung, als die zur Sanierung der Reichsfinanzen notwendig gewordenen Abbaumaßnahmen sich sofort in einer Kürzung der Überweisungen an die Gemeinden wie die Länder auswirken. Nun rächt sich jene Politik der Überspannung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand, die zwischen Dienst für die Allgemeinheit und Geschäft auf ihre Kosten nicht unterscheiden konnte oder wollte. Dieselbe Lage besteht auch an anderer Stelle. Wenn die Reichsbahn heute nicht mehr so viel an der Wirtschaft verdient, daß sie der Wirtschaft nicht mehr die entsprechenden Aufträge zuzuleiten vermag, und die Wirtschaft deswegen der Reichsbahn immer weniger zu verdienen geben kann, so beißt sich auch hier die Schlange im selben Sinn in den Schwanz. Die Beispiele lassen sich vermehren. Es wird einer ganz grundsätzlichen Umstellung bedürfen im umfassendsten Sinne. Die Lage erinnert mutatis mutandis an die in Preußen nach dem Zusammenbruch 1806, als Stein die Selbstverwaltungsidee proklamierte. Heute handelt es sich um die wirkliche Emanzipierung der Wirtschaft, des selbstverantwortlichen Unternehmertums. Wo aber ist der neue Freiherr vom Stein?

Die Not der Wirtschaft wird in den üblichen Konjunkturberichten aufs neue unmißverständlich bestätigt. Das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe faßt zusammen:

Die Wirtschaftslage konnte sich noch nicht bessern. Die Depression hielt in der gesamten Weltwirtschaft an und erfaßte auch immer mehr die Länder, die bisher von ihr verschont blieben. Die Verhältnisse in Deutschland liegen besonders schwierig. Industrie, Handel und Handwerk versuchen dennoch, mit allen Mitteln die Depression zu überwinden. Die Preisentzugsaktion machte einige Fortschritte. Der Ausfuhrüberschuß betrug im September 265 Mill. RM., wovon jedoch 62 Mill. RM. auf die Reparationsfachlieferungen entfielen. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres ergibt sich eine Aktivität von rund 1 Milliarde, während in der gleichen Zeit des Vorjahres die Einfuhr noch um 140 Mill. RM. größer war als die Ausfuhr. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich nur unerheblich.